

"Fördern und Fordern" im Diskurs: Einstellungen in der Bevölkerung zu Hartz IV und aktivierender Arbeitsmarktpolitik (Editorial)

Heuer, Jan-Ocko; Zimmermann, Katharina; Klein, Lisa

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heuer, J.-O., Zimmermann, K., & Klein, L. (2019). "Fördern und Fordern" im Diskurs: Einstellungen in der Bevölkerung zu Hartz IV und aktivierender Arbeitsmarktpolitik (Editorial). In K. Zimmermann, & J.-O. Heuer (Hrsg.), *"Fördern und Fordern" im Diskurs: Einstellungen in der Bevölkerung zu Hartz IV und aktivierender Arbeitsmarktpolitik* (S. 3-13). Opladen: Verlag Barbara Budrich. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-69519-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Editorial

„Fördern und Fordern“ im Diskurs: Einstellungen in der Bevölkerung zu Hartz IV und aktivierender Arbeitsmarktpolitik

von Jan-Ocko Heuer, Katharina Zimmermann & Lisa Klein

Seitdem der Sozialstaat durch verstärkten globalen Wettbewerb, demographischen Wandel und steigende Staatsschulden unter Druck geraten ist, erhöht sich auch der Druck auf die Bürger_innen. So wird im Zuge des Umbaus zum „schlanken“ bzw. „aktivierenden“ Staat auch in der Sozialpolitik vermehrt die individuelle Verantwortung und Eigeninitiative der Bürger_innen betont. Als zentraler Ausdruck dieser Neuausrichtung von Sozialpolitik gelten in Deutschland die zwischen 2003 und 2006 in Kraft getretenen sogenannten „Hartz-Reformen“, die als Teil der von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder verabschiedeten „Agenda 2010“ eine fundamentale Neuausrichtung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik vornahm. Kernstück war dabei die gemeinhin als „Hartz IV“ bezeichnete Ersetzung des Prinzips des Statuserhalts bei fortdauernder Erwerbslosigkeit durch eine Sicherung auf dem Niveau des Existenzminimums und die unter dem Stichwort „Fördern und Fordern“ vorangetriebene Qualifizierung und „Aktivierung“ von erwerbslosen Personen.

Die „Hartz-Reformen“ waren nicht nur die grundlegendsten Reformen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die umstrittensten (vgl. Heuer/Mau 2017; Geus et al. 2016; Seeleib-Kaiser/Fleckenstein 2007). Während Arbeitgeber_innen und konservativ-liberale Parteien die Reformen überwiegend begrüßten, gab es innerhalb der Regierungsparteien deutliche Kritik und es kam zur Gründung einer neuen Partei, der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“, die später in der Partei „Die Linke“ aufging. Zudem sah sich Bundeskanzler Schröder gezwungen, Neuwahlen auszurufen, in deren Folge die rot-grüne Regierung durch eine „Große Koalition“ unter Angela Merkel abgelöst wurde. Insofern beendeten diese Reformen nicht nur langjährige Debatten über den Sozialstaat und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern auch die erste rot-grüne Regierung auf Bundesebene.

Bis heute bewegt dieser epochale Wandel in der Arbeitsmarktpolitik die Gemüter. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen seit

2005 deutlich gesunken sind, bleibt auch wissenschaftlich umstritten, inwieweit die „Hartz-Reformen“ zur günstigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft beigetragen haben. Kritiker_innen argumentieren, dass viele neugeschaffene Jobs im Niedriglohnsektor entstanden sind und zu Prekarität und unzureichenden Renten führen. Zudem würden langjährige Erwerbstätige durch den Rückfall auf das Existenzminimum nach einem Jahr Arbeitslosigkeit um ihre Lebensleistung gebracht sowie erwerbslose Personen durch die „Aktivierungsmaßnahmen“ generell einem Verdacht auf Faulheit, Arbeitsunwilligkeit oder Missbrauch von Sozialleistungen ausgesetzt (Kaufmann 2013). Kritik gibt es darüber hinaus an der Möglichkeit der Kürzung von zur Existenzsicherung vorgesehene Leistungen, an öffentlicher Beschäftigungsförderung mittels sogenannter „Ein-Euro-Jobs“ und hinsichtlich der Abstimmung und Wirksamkeit von Qualifizierungsangeboten. Noch heute setzen sich Teile der Bevölkerung und Politiker_innen mehrerer Parteien für eine (partielle) Rücknahme oder Reform der „Hartz-Gesetze“ ein (vgl. Süddeutsche Zeitung 2019; Schwan 2017; Die Linke 2013).

Nun ist es unbestritten, dass Einstellungen in der Bevölkerung zu politischen Reformen eine wesentliche Bedingung ihres (auch langfristigen) Erfolgs darstellen. Fehlt neuen Politiken die Akzeptanz in der Bevölkerung, kann es zu

Legitimitätsproblemen kommen und die beabsichtigten Effekte auf individuelles Verhalten und soziale Normen bleiben aus. Zudem stellt sich die Frage, in welchem Maß sich eine fundamentale Verschiebung sozialer Rechte auch auf die Sicht der Bürger_innen auf den Sozialstaat auswirkt und wie heute Prinzipien wie Stuserhalt, Grundsicherung und Eigenverantwortung beurteilt werden. Es ist deshalb von großem Interesse, wie die „Hartz-Reformen“ über ein Jahrzehnt nach ihrem Inkrafttreten in der Bevölkerung aufgefasst und diskutiert werden. In der Forschung gibt es dazu allerdings lediglich vereinzelte Studien, die mittels quantitativer Umfragen generelle Zustimmung oder Ablehnung der Reformen erfassen (vgl. Krömmelbein et al. 2007; Nüchter et al. 2008, 2009, 2010). Es fehlen dagegen tiefgreifendere Untersuchungen zu den unterschiedlichen Beweggründen der Kritiker_innen und Befürworter_innen dieser Reformen.

Vor diesem Hintergrund sind in einem zweiseitigen Forschungsseminar des Instituts für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin die Einstellungen in der Bevölkerung zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik mittels einer innovativen sozialwissenschaftlichen Methode erforscht worden. Bei dieser als „Deliberative Foren“ bzw. „Mini-Publics“ bezeichneten Methode werden Bürger_innen eingeladen, ausführlich

über ein Thema zu diskutieren und dabei politische Empfehlungen zu erarbeiten oder Szenarien zu entwickeln. Solche Foren sind bislang vorwiegend als Mittel zur Bürger_innenbeteiligung verwendet worden, doch ist in jüngster Zeit ihr Potential als sozialwissenschaftliches Analyseinstrument entdeckt worden, da sie es erlauben, die Formierung und Begründung von Einstellungen sowie einen möglichen Wandel im Verlauf der Diskussion zu erfassen (vgl. Taylor-Gooby/Leruth 2018; Zimmermann et al. 2018). Auf diese Weise werden tiefergehende Einsichten in persönliche Beweggründe gewonnen als sie die auf Umfragen basierende Einstellungsforschung bieten kann.

Im Rahmen des Forschungsseminars wurde im Winter 2017 ein Deliberatives Forum mit 27 Bürger_innen durchgeführt, die in einem großen Plenum sowie in drei Kleingruppen über „Fördern und Fordern“ in der Arbeitsmarktpolitik und mögliche Alternativen diskutierten. Zudem füllten die Teilnehmenden vor Beginn und nach Ende der Diskussionen Fragebögen aus, mit denen Einstellungen zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mittels Fragen u.a. aus internationalen Bevölkerungsumfragen erhoben wurden (siehe Onlineanhänge 2. und 3.: Pre-Survey-Fragebogen und Post-Survey-Fragebogen). Die rund 12 Stunden Video- und Audioaufzeichnungen des Deliberativen Forums wurden transkribiert, um in studentischen Forschungsarbeiten mit

unterschiedlichen theoriegeleiteten Fragestellungen und Auswertungsmethoden analysiert zu werden. Acht dieser studentischen Arbeiten liegen nun im Rahmen dieses Sonderheftes auch gesammelt als Fachaufsätze vor. Sie bieten Beiträge zur Sozialpolitik-, Einstellungs- und Deliberationsforschung, die auch für fachwissenschaftliche Debatten in der Soziologie und Politikwissenschaft von großem Interesse sind.

Alle Aufsätze in diesem Sonderband bearbeiten eine eigene und unabhängige Forschungsfrage mit teilweise neuen theoretischen Perspektiven und neuen methodischen Herangehensweisen. Gleichzeitig greifen alle Arbeiten auf eine gemeinsame Datenquelle zurück: das Deliberative Forum, das im Rahmen des Forschungsseminars durchgeführt wurde. Im Rahmen dieses Editorials wird im Folgenden ein kurzer Überblick über den Ablauf und die zentralen Charakteristika des Forums gegeben. Die einzelnen Aufsätze widmen sich dann in ihren methodischen Beschreibungen lediglich den für sie relevanten Einzelheiten der Durchführung und Auswertung.

Das Deliberative Forum fand im Januar 2017 in Räumen der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Die Rekrutierung erfolgte mittels von den Studierenden erstellten Flyern, die an zahlreichen Orten in Berlin ausgelegt und verteilt wurden. In den Flyern wurde für die Teilnahme an

einem „Demokratischen Forum“ zum Thema „Fördern und Fordern in der Arbeitsmarktpolitik“ geworben und es wurde eine Aufwandsentschädigung von 50 Euro für die Teilnahme in Aussicht gestellt. Interessierte Personen konnten sich telefonisch oder per E-Mail melden und ihre Kontaktdaten hinterlassen. Auf Basis aller Interessenbekundungen wurde dann eine Auswahl der Teilnehmenden nach einigen sozio-demographischen Kriterien getroffen. So wurde zum einen versucht, ein möglichst umfangreiches und heterogenes Abbild der Bevölkerung zu erreichen, beispielsweise in Bezug auf Geschlecht, Alter, politische Präferenz oder Migrationserfahrung. Zum anderen wurde darauf geachtet, dass Teilnehmende mit unterschiedlichem Erwerbsstatus vertreten waren, d.h. sowohl unterschiedliche Gruppen von Erwerbstätigen (u.a. Vollzeit, Teilzeit, Angestellte, Beamte, Freiberufler_innen, Geringverdiener_innen) als auch unterschiedliche erwerbslose bzw. auf staatliche Zusatzleistungen angewiesene Personen (u.a. langfristig und kurzzeitig erwerbslos, ergänzende Leistungen, Arbeitsunfähigkeit).

In der Summe nahmen 27 Personen an der Veranstaltung teil. Im Onlineanhang ist eine anonymisierte Liste der Teilnehmer_innen sowie ihrer wesentlichen sozio-demographischen Merkmale zu finden (siehe Onlineanhang 1.). Trotz der Bemühung um eine möglichst heterogene

Gruppenzusammensetzung ließ sich eine Über- und Unterrepräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung nicht vermeiden; so sind vor allem Personen mit hohem Bildungsstand, einer Präferenz für die Partei „Die Linke“ und Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen überrepräsentiert. Alle Teilnehmenden unterzeichneten eine Einwilligungserklärung, in der sie sich damit einverstanden erklärten, dass im Rahmen der Veranstaltung Video- und Tonaufnahmen von ihnen gemacht werden und diese transkribiert und Auszüge aus den Transkripten in wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht werden. Die vollständigen Namen der Teilnehmer_innen sowie ihre Kontaktdaten waren ausschließlich der Veranstaltungsleitung bekannt. Während der Veranstaltung wurden lediglich Vornamen verwendet sowie (u.a. zur Kennzeichnung von Fragebögen) zugewiesene Nummern.

Die Veranstaltung fand an einem Samstag von 9:45 Uhr bis 16:30 Uhr statt. Sie begann mit dem Ausfüllen eines Vorab-Fragebogens (siehe Onlineanhang 2.: Pre-Survey-Fragebogen). Anschließend fand ein Eröffnungsplenum statt, in dem sich alle Anwesenden vorstellten. Die Teilnehmenden erhielten grundlegende Informationen zu Hintergrund und Ablauf des Deliberativen Forums und wurden mit den Gesprächsregeln vertraut gemacht. Im Anschluss wurden sie gebeten, ihre

Interessen, Themen und Fragen im Zusammenhang mit aktivierender Arbeitsmarktpolitik aufzuschreiben; hieraus wurden die zentralen Themencluster „Gerechtigkeit“, „Jobcenter“ und „Hartz IV“ destilliert. Diese Themencluster wurden mit in die Kleingruppen genommen, die sich im Anschluss an das Plenum konkreten Aspekten der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik und des Systems der sozialen Sicherung widmeten.

Die drei Kleingruppen wurden auf Grundlage des Erwerbsstatus gebildet. In einer Gruppe diskutierten ausschließlich erwerbslose Personen (sowie eine trotz Einkommen auf ergänzende Zusatzleistungen angewiesene Person), in einer zweiten Gruppe ausschließlich Erwerbstätige, und in der dritten Gruppe waren sowohl Erwerbslose als auch Erwerbstätige vertreten. Die Diskussion in den Kleingruppen war in eine Vormittagsrunde und in eine Nachmittagsrunde unterteilt; nach der Nachmittagsrunde trafen sich alle erneut zu einem (Abschluss-)Plenum. Die Aufteilung der Kleingruppen nach dem Erwerbsstatus erlaubte es nicht nur, die Gruppen bei der Auswertung im Stile eines quasi-experimentellen Designs zu vergleichen, sondern folgte auch dem Gedanken, einer Machtverzerrung im deliberativen Diskurs entgegenzuwirken: Da Deliberation einen spezifischen Kommunikationsstil erfordert, werden Menschen, die diesen Sprachstil aufgrund von Statusunterschie-

denen nicht oder weniger gut beherrschen, im Prozess der Deliberation häufig exkludiert (vgl. Young 2000).

Die Kleingruppendiskussionen wurden mittels ausgewählter Diskussionsstimuli und Zuordnungsübungen strukturiert. In der Vormittagsrunde diskutierte jede Kleingruppe zunächst die drei zentralen Themencluster „Gerechtigkeit von Hartz IV“, „Jobcenter“ und „Hartz IV allgemein“. Die Teilnehmenden wurden gebeten, für alle drei Themen je individuell für sie positiv und negativ konnotierte Aspekte zu notieren, sich dann auf einer Skala von positiv zu negativ – beziehungsweise von gut zu schlecht – selbst einzuordnen und im Anschluss als Gruppe über die jeweiligen Einordnungen zu diskutieren. Hierbei ging es vor allem darum, Begründungen und Argumentationsmuster für bestimmte Positionen herauszuarbeiten.

Nach der Mittagspause kamen die Teilnehmer_innen wieder in den Kleingruppen zusammen. Am Nachmittag wurde der Fokus auf das gewünschte Verhältnis von Fördern und Fordern in sozialen Sicherungssystemen im Allgemeinen gelegt. Zunächst wurden die Teilnehmenden gebeten, das ihrer Meinung nach optimale Verhältnis von Rechten und Pflichten in der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zu skizzieren; als Diskussionsgrundlage diente dabei eine Vorlage, in der verschiedene Positionen in Bezug auf das Verhältnis von

Rechten und Pflichten von Leistungsempfänger_innen formuliert waren.

In einem zweiten Schritt wurde die Frage nach Rechten und Pflichten anhand konkreter Beispiele vertieft. Den Teilnehmer_innen wurden nacheinander die folgenden vier Vignetten (Personenbeschreibungen mit systematisch variierten Attributen) präsentiert: 1) „Maria ist 51 Jahre alt und bei guter Gesundheit. Sie ist seit einiger Zeit erwerbslos.“; 2) „Anna ist 37 Jahre alt, arbeitet und verdient dabei 1.400 Euro brutto im Monat. Nach Steuern und Sozialabgaben bleiben ihr noch 1.045 Euro netto.“; 3) „Jürgen ist 35 Jahre alt, alleinerziehend mit drei Kindern und ist seit mehreren Jahren erwerbslos.“; und 4) „Adrian lebt seit kurzem in Deutschland und ist zurzeit erwerbslos. Er hat vorher in seinem Herkunftsland gearbeitet.“ Die Moderatorinnen der Kleingruppen fragten bei jeder Vignette, welche staatliche Unterstützung die Person erhalten sollte, welche Pflichten sie haben sollte und was bei der Nichterfüllung von Pflichten geschehen sollte. Die Gruppe diskutierte über diese Fragen. Zudem wurde von der Moderation erfragt, ob es einen Unterschied mache, ob die jeweilige Person beispielsweise ein anderes Alter, ein anderes Geschlecht oder eine andere Gesundheits- oder Familiensituation habe, und wenn ja, warum. Im Anschluss an die Diskussionen wurden die Teilnehmer_innen aufgefordert, die Vignetten in eine Reihenfolge hinsichtlich

der folgenden zwei Fragen zu bringen (Ranking): Wer sollte mehr staatliche Unterstützung erhalten und wer weniger? Wem sollten mehr und wem weniger Pflichten auferlegt werden? Zudem wurden die Teilnehmenden darum gebeten, die von ihnen vorgenommene Positionierung zu begründen und die Entscheidungen in der Gruppe zu diskutieren. Die Abstimmungsergebnisse konnten im Nachhinein den Teilnehmer_innen zugeordnet werden.

Als letzter Teil der Kleingruppendiskussion folgte dann eine Erarbeitung von Reformvorschlägen zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Nach dem Ende der Nachmittagsrunde in den Kleingruppen kamen alle Teilnehmenden wieder in einem Abschlussplenum zusammen. Zunächst wurden von allen Gruppen zwei bis drei Reformvorschläge eingebracht, die kurz begründet und dann im Plenum diskutiert wurden. Dies diente dazu, Unterschiede, Konfliktpunkte und Gemeinsamkeiten zwischen den Gruppen herauszuarbeiten. Im Anschluss daran wurde ein zweiter Fragebogen ausgefüllt, der einige ergänzende Fragen zum Vorab-Fragebogen enthielt, aber auch gleiche Fragen, so dass gegebenenfalls Meinungsänderungen erfasst werden konnten. Zudem wurden die Teilnehmenden auch gefragt, ob die Diskussionen ihre Meinung beeinflusst hätten und welche Aspekte der Diskussionen besonders zum Überdenken von Positionen angeregt haben (vgl. beide

Fragebögen im Onlineanhang, v.a. Fragen D48 - D55 im Post-Survey-Fragebogen).

Die im Deliberativen Forum erhobenen Daten (Fragebögen, Gruppen- und Plenardiskussionen, Selbsteinordnungen der Teilnehmer_innen) wurden von den Studierenden aufbereitet und dienen als Grundlage für die vorliegenden Arbeiten. Die Transkription der Plenar- und Gruppendiskussionen erfolgte auf Grundlage des vereinfachten Transkriptionssystems nach Dresing und Pehl (2015). Für jede Plenar- und Gruppendiskussion wurde ein eigenständiges Transkript angefertigt, wobei die Benennung der Transkripte folgendermaßen erfolgte: Die Transkripte aus der Erwerbslosengruppe wurden mit dem Kürzel EL1 und EL2 versehen, wobei EL1 für das Transkript der Vormittagsdiskussion und EL2 für das Transkript der Nachmittagsdiskussion steht. Die Transkripte aus der Erwerbstätigengruppe wurden analog hierzu mit ET1 und ET2 benannt und die Transkripte aus der gemischten Gruppe mit MIX1 und MIX2. Die Transkripte der Plenarsitzungen wurden mit PLENUM1 und PLENUM2 benannt. In den in diesem Band enthaltenen Beiträgen wird auf einheitliche Weise auf diese Transkripte zitiert bzw. auf diese verwiesen: Es wird das Kürzel des jeweiligen Transkripts genannt, außerdem die entsprechende Absatznummer. Alle in den Beiträgen enthaltenen Aussagen sind anonymisiert und sofern Namen genannt

werden, handelt es sich um in allen Beiträgen einheitlich verwendete Pseudonyme. Um eine bessere Nachvollziehbarkeit der Analyseergebnisse zu gewährleisten finden sich im Onlineanhang alle in den Beiträgen zitierten und erwähnten Aussagen aus dem Deliberativen Forum.

Die in diesem Heft versammelten acht Beiträge haben gemeinsam, dass sie auf das Deliberative Forum als Datenquelle zurückgreifen und dass sie einen „doppelblinden“ Begutachtungsprozess durchlaufen haben. Bei diesem in der Wissenschaft üblichen Verfahren zur Qualitätssicherung werden renommierte Fachwissenschaftler_innen um ein Gutachten zur Qualität der eingereichten Manuskripte gebeten, in dem sowohl die Publikationswürdigkeit des Beitrags beurteilt wird als auch Überarbeitungsvorschläge gemacht werden können (wobei Verfasser_innen und Gutachter_innen jeweils anonym bleiben) und die Verfasser_innen ihre Manuskripte vor der Veröffentlichung noch einmal gemäß den Vorschlägen der Gutachter_innen überarbeiten. Dieses Begutachtungsverfahren hat noch einmal erheblich zur Verbesserung der vorliegenden Aufsätze geführt, und den begutachtenden Wissenschaftler_innen – die wir an dieser Stelle nun bekanntgeben können – sei unser herzlichster Dank für ihre Arbeit ausgesprochen: Vincent Gengnagel, Thomas Gurr, Tijs Laenen, Sarah Lenz, Thomas Lux, Ole Oeltjen, Deborah

Rice, Femke Roosma, Patrick Sachweh, Peter Taylor-Gooby, Stefanie Unger und Hannah Zagel.

Die Beiträge spannen einen Bogen von Fragen der Bewertung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik durch die Bevölkerung und den zugrundeliegenden Motivationen und Orientierungen über Fremd- und Selbstzuschreibungen bzw. Positionierungen in Bezug auf Erwerbslosigkeit und die Bedürftigkeit verschiedener sozialer Gruppen bis hin zu formalen Aspekten des Diskurses über Erwerbslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik wie beispielsweise Gruppendynamiken und Prozesse der Meinungsänderung.

Der erste Beitrag von Julia Greve – mit dem Titel *„Das Soziale im aktivierenden Paradigma und Einstellungen der Bevölkerung zu sozialer Hilfe“* – nimmt die soziologische Diagnose, dass die jüngeren Sozialstaats-Reformen eine fundamentale Neuausrichtung des Verhältnisses von Gesellschaft und Sozialleistungsempfänger_innen bedeuten, zum Ausgangspunkt einer Untersuchung der Deutungsmuster des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft im Deliberativen Forum. Sie kommt zu dem Schluss, dass der institutionelle und diskursive Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik zwar in den Diskussionen aufgegriffen wird, aber zur Herausbildung unterschiedlicher Deutungsmuster führt.

Lisa Klein widmet sich im Beitrag *„Einstellungen zu Sanktionen in sozialen Sicherungssystemen: Begründungsmuster im Diskurs zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“* den Einstellungen in der Bevölkerung zur Knüpfung sozialer Rechte an Bedingungen, die durch Sanktionen bewehrt sind. Sie zeigt, dass im Deliberativen Forum sowohl ethisch-moralische Erwägungen bezüglich der Legitimität von Sanktionen als auch praktische Erwägungen bezüglich des antizipierten Nutzens bzw. der Folgen von Sanktionen bei der Beurteilung von Sanktionen eine Rolle spielen und sich bei den jeweiligen Abwägungsprozessen unterschiedliche Motive und Orientierungen identifizieren lassen.

Alexandra Kimel untersucht in ihrem Beitrag *„Diskurse der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit: Eigen- und Fremdpositionierungen auf Erwerbslosigkeit und Hartz IV“* Gerechtigkeitsempfindungen in Bezug auf aktivierende Arbeitsmarktpolitik und zeigt, wie Erwerbslose und Erwerbstätige auf unterschiedliche Weise abwertende Diskurse in Bezug auf Erwerbslosigkeit reproduzieren.

Robert Tiede knüpft in seinem Beitrag *„Zwischen Konditionalität und Universalismus: Argumentations- und Einstellungsmuster zu sozialpolitischer ‚Deservingness‘“* an die etablierte „Deservingness-Forschung“ an und zeigt, dass die Zuschreibung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für bestimmte Zielgruppen in komplexe Argumentations- und Einstellungsmuster eingebettet ist.

Auch Albrecht Hänig schließt mit seinem Beitrag *„Welfare State Deservingness of Immigrants in Germany – Examining Deservingness Rankings and the Role of Identity“* an die „Deservingness-Forschung“ an und untersucht, welche Rolle Identitätsfragen bei der Beurteilung und Zuschreibung von Leistungen für Migrant_innen spielen.

Folashade Miriam Ajayi widmet sich ebenfalls der Frage nach Einstellungen zu Migrant_innen und zeigt in ihrem Beitrag *„Zugang unter Vorbehalt: Einstellungen zur sozialpolitischen Inklusion von Unionsbürger_innen“*, dass der deutsche Sozialstaat von den Teilnehmenden des Forums mehrheitlich als exklusives Konstrukt entlang nationalstaatlicher Grenzbeziehungen gedacht wird.

Die letzten beiden Beiträgen widmen sich der Ebene des Diskurses selbst. Lisa Reiber untersucht in ihrem Beitrag *„Opening the Black Box of Deliberation: What are Arguments (Really) Based on?“* die Rolle von Wissen im Prozess der Deliberation und diskutiert nicht nur das vorhandene politische Wissen der Teilnehmenden, sondern zeigt auch die verschiedenen Facetten und Wissensformen auf, die hinter deliberativen Argumenten stehen können.

Annegret Heindl schließlich untersucht in ihrem Beitrag *„Aktive Personen und Gruppendynamiken der Meinungsänderung*

in einem Deliberativen Forum zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ Gruppendynamiken und Prozesse der Meinungsänderungen, indem sie auf Daten aus der Vor- und Nachbefragung der Teilnehmenden zurückgreift.

Abschließend möchten wir uns ganz herzlich bei den Personen und Organisationen bedanken, die eine Veröffentlichung der studentischen Arbeiten in diesem Sonderheft des *Soziologiemagazins* sowie als gedruckten Band im Barbara Budrich-Verlag durch ihre Unterstützung ermöglicht haben. Zunächst gilt unser Dank dem *Soziologiemagazin*, das dieses Projekt als Schwerpunktheft ausgewählt und von Anfang an unterstützt hat. Wir sind sehr beeindruckt von der engagierten Arbeit zur Förderung der Nachwuchswissenschaften und der guten Begleitung unseres Veröffentlichungsprozesses. Auch das Team des Budrich-Verlags verdient einen herzlichen Dank für die stets freundliche, flexible und professionelle Unterstützung. Ein ganz besonderer Dank geht außerdem an alle Teilnehmer_innen des Deliberativen Forums, die mit ihrer Beteiligung die Forschung überhaupt erst ermöglicht haben. Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle zudem nochmals bei allen an dem Projekt beteiligten Studierenden – auch jenen, deren Arbeiten nicht in diesem Band veröffentlicht werden. Es war ein außerordentlich inspirierendes, auch für die Lehrenden lehrreiches Seminar!

Aus der Reihe der finanziellen Unterstützer_innen sei zunächst Steffen Mau, Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin genannt, der die Durchführung des Deliberativen Forums finanziell unterstützt hat. Ebenso ist dem Nachwuchsfonds des Instituts für Sozialwissenschaften und dem bologna.lab der Humboldt-Universität sehr zu danken, die ebenfalls einen wichtigen finanziellen Beitrag geleistet haben. Zudem wurde das Lehrprojekt mit dem Fakultätspreis 2018 für gute Lehre der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin ausgezeichnet – auch das Preisgeld war ein sehr hilfreicher Beitrag zum Veröffentlichungsprojekt. Nicht zuletzt ermöglichte der Publikationsfonds der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität die vorliegende kombinierte Publikationsform von Print- und Open-Access-Online-Verfügbarkeit, über die wir uns sehr freuen.

LITERATUR

Die Linke (2013): Hartz IV – zu den Zielen und den Misserfolgen der Reform. Online unter: <https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/hartz-iv-zu-den-zielen-und-den-misserfolgen-der-reform/> (24.06.2019).

Dresing, Thorsten/Pehl, Thorsten (2015): Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse: Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 6. Auflage. Marburg: Eigenverlag.

Geus, Aart De/Thode, Eric/Weidenfeld, Christiane (2016): Europe Reforms Labour Markets: Leaders' Perspectives. Berlin, Boston: De Gruyter.

Heuer, Jan-Ocko/Mau, Steffen (2017): Stretching the Limits of Solidarity: The German Case. In: Taylor-Gooby, Peter/Leruth, Benjamin/Chung, Heejung (Hrsg.): After Austerity: Welfare State Transformation in Europe after the Great Recession. Oxford: Oxford University Press, S. 27-47.

Kaufmann, Matthias (2013): Kein Recht auf Faulheit. Das Bild von Erwerbslosen in der Debatte um die Hartz-Reformen. Wiesbaden: Springer VS.

Krömmelbein, Silvia/Bieräugel, Roland/Nüchter, Oliver/Glatzer, Wolfgang/Schmid, Alfons (2007): Einstellungen zum Sozialstaat: Repräsentative Querschnittsuntersuchungen zu grundsätzlichen gesundheits- und sozialpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung Deutschlands 2005. Opladen: Barbara Budrich.

Nüchter, Oliver/Bieräugel, Roland/Schipperges, Florian/Glatzer, Wolfgang/Schmid, Alfons (2008): Einstellungen zum Sozialstaat II: Akzeptanz der sozialen Sicherung und der Reform der Renten- und Pflegeversicherung 2006. Opladen: Barbara Budrich.

Nüchter, Oliver/Bieräugel, Roland/Schipperges, Florian/Glatzer, Wolfgang/Schmid, Alfons (2009): Einstellungen zum Sozialstaat III: Sechs Fragen zur Akzeptanz der sozialen Sicherung in der Bevölkerung. Opladen: Barbara Budrich.

Nüchter, Oliver/Bieräugel, Roland/Glatzer, Wolfgang/Schmid, Alfons (2010): Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung. Opladen: Barbara Budrich.

Schwan, Gesine (2017): Umkehren, Genossen! Online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/spd-analyse-sozialdemokratie-afd-rechte-waehler-zu-rueckgewinnen> (24.06.2019).

Seelieb-Kaiser, Martin/Fleckenstein, Timo (2007): Dis-course, Learning and Welfare State Change: The Case of German Labour Market Reforms. In: Social Policy & Administration Jg. 41/5, S. 427-448.

Süddeutsche Zeitung (2019): Koalitionsbruch? Nahles wiegelt ab. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/spd-sozialstaat-hartz-iv-buergegeld-1.4325822> (24.06.2019).

Taylor-Gooby, Peter/Leruth, Benjamin (Hrsg.) (2018): Attitudes, Aspirations and Welfare: Social Policy Directions in Uncertain Times. London: Palgrave Macmillan.

Young, Iris Marion (2000): *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.

Zimmermann, Katharina/Heuer, Jan-Ocko/Mau, Steffen (2018): *Changing Preferences towards Redistribution: How Deliberation Shapes Welfare Attitudes*. In: *Social Policy & Administration* Jg. 52/5, S. 969-982.

ZU DEN HERAUSGEBER_INNEN

Dr. Jan-Ocko Heuer hat von 2015 bis 2018 als wissenschaftlicher Mitarbeiter (Postdoc) im internationalen Forschungsprojekt „*Welfare State Futures: Our Children's Europe*“ (WelfSOC) an der Humboldt-Universität zu Berlin gearbeitet. Seit Herbst 2018 arbeitet er im Forschungsdatenzentrum Qualiservice am SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen. Er forscht zu Sozialpolitik, sozialer Ungleichheit und Privatverschuldung und lehrt u.a. zu Methoden der empirischen Sozialforschung.

Prof. Dr. Katharina Zimmermann ist Juniorprofessorin für Soziologie wirtschaftlichen Handelns an der Universität Hamburg. Von 2015 bis 2019 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin, unter anderem im internationalen Forschungsprojekt „*Welfare State Futures: Our Children's Europe*“ (WelfSOC). Sie forscht und lehrt in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Europasozio­logie und Wirtschaftssoziologie.

Jan-Ocko Heuer und Katharina Zimmermann haben von 2016 bis 2017 gemeinsam das diesem Buch zugrundeliegende zweisemestrige Forschungsseminar „*Innovative qualitative Methoden: Einstellungen zum ‚Fördern und Fordern‘ in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik*“ geleitet und anschließend den Publikationsprozess begleitet.

Lisa Klein ist Co-Autorin, studiert aktuell an der Humboldt-Universität zu Berlin im Masterstudiengang Sozialwissenschaften. Ihren B.A. in Sozialwissenschaften hat sie 2015 ebenfalls an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossen. Ihre Studienschwerpunkte sind soziale und politische Ungleichheiten.

Das Editorial wurde von **Andreas Schulz** lektoriert.